2019

PVB APC

Jahresbericht

Inhaltsverzeichnis

Synthese und Perspektiven	3
PVB Sekretariat - Veränderungen	5
Geschäftsleitung des PVB	7
2019 in 19 Punkten	8
Vorteile des PVB im 2019	16
Kennzahlen	17
Pensionierte	18
Fotogalerie	20
… aus dem Rechtsdienst	23

Der Personalverband des Bundes (PVB) ist umgezogen.
Ab 1. Juni ist der Verband an der Wabernstrasse 40, 3007 Bern

« Die Veränderungen in der Arbeitswelt dürfen nicht ohne unsere Beteiligung geschehen »

Interview mit Barbara Gysi, Verbandspräsidentin und Nationalrätin und Janine Wicki, Generalsekretärin des PVB

Barbara, du wurdest im Herbst 2019 mit einem sehr guten Resultat wiedergewählt. Herzlichen Glückwunsch! Die Linke hat viele Sitze gewonnen. Wie beurteilst du als Parlamentarierin die neue Zusammensetzung des Parlaments?

Ich erlebe das neue Parlament – zumindest den Nationalrat – als offener. Dies dank der vielen neu Gewählten; mehr Junge und mehr Frauen. Das hat sich bereits in ersten Entscheiden niedergeschlagen. So wurde beispielsweise die gefährliche Motion Wachstumsstopp in der Bundesverwaltung (Plafonierung Personalkosten auf 6 Mrd. und 35`000 VZE) nun bereits in der Finanzkommission zurückgezogen. Allerdings braucht es für politische Mehrheiten immer auch eine der bürgerlichen Parteien, die mitmacht.

Wechseln wir die Ebene! Gehst du als Präsidentin des PVB davon aus, dass das neue Parlament die Aufrechterhaltung eines qualitativ hochwertigen Service public stärker unterstützen wird?

Das scheint mir offen. Gerade die Grünliberale Partei (GLP) habe ich in der Vergangenheit in finanzpolitischen Fragen als streng erlebt. Da werden wir weiterhin viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Aber wie erwähnt, die Chancen sind durchaus da.

Janine, der Frauenstreik war einer der Höhepunkte des Jahres 2019. Wie hast du diesen Tag erlebt?

Es war ein historischer Tag! 500›000 Frauen und solidarische Männer waren auf der Strasse, haben laut, engagiert, farbig und friedlich für die Gleichstellung gestreikt. Bereits am Morgen auf meinem Arbeitsweg habe ich unzählige Transparente, Plakate, Frauenstreik-Kollektive angetroffen. Dann während dem Tag habe ich verschiedene Bundesämter besucht und ich war überwältigt von den verschiedenen Aktionen die ich vor Ort miterleben durfte. Und unvergessen wird natürlich der Frauenstreik auf dem Bundesplatz bleiben.

Barbara, du bist eine der Politikerinnen in der Schweiz, die seit Jahrzehnten für die Gleichstellung von Frauen und Männern kämpft, ein Recht, das noch immer nicht selbstverständlich ist! Hat der Frauenstreik alles verändert?

Der Frauenstreik hat einen starken Schub gegeben und im Herbst wurden so viele Frauen ins Parlament gewählt wie noch nie. Das hat Auswirkungen. Zusammen mit den

Forderungen der jungen Familien, die ihre Kinder gemeinsam grossziehen wollen, werden wir die Rahmenbedingungen Schritt für Schritt verbessern. Der PVB engagiert sich, dass die Bundesverwaltung, die bundesnahen Betriebe und der ETH-Bereich als fortschrittliche Arbeitgeber vorangehen. So haben wir erreicht, dass per 1.1.2020 die Pensenauf-stockung nach einer erziehungsbedingten Reduktion gewährleistet ist.

Janine, du und Jürg vertreten die Versicherten in der Kassenkommission Publica. Was ist deine Rolle in diesem Gremium?

Ich bin seit April 2016 als eine von 8 Arbeitnehmervertreter_innen in die Kassenkommission gewählt. Insgesamt besteht die paritätisch besetzte Kommission aus 16 Mitgliedern. Die Kassenkommission ist der Stiftungsrat und somit das oberste Organ der Pensionskasse PUBLICA. Sie übt die Leitung sowie die Aufsicht und Kontrolle über die Geschäftsführung von PUBLICA aus. Wir legen unter anderem die technischen Parameter (den Umwandlungssatz und den technischen Zinssatz) oder auch die Analagestrategie der PUBLICA fest. Meine Rolle ist es, gemeinsam mit meinen Kolleg_innen in den Debatten und Diskussionen, möglichst die Interessen der bei PUBLICA versicherten Arbeitnehmer_innen der Bundesverwaltung zu vertreten.

Barbara, du bist Mitglied des Initiativkomitees für eine 13. AHV-Rente. Warum ist dir dieses Anliegen so wichtig?

Die AHV ist die sozialste und solidarischste Säule der Altersvorsorge und das tragende Element. Nur sie gewährt Frauen und Menschen mit tiefen Einkommen gute Bedingungen. Dennoch braucht es Verbesserungen, denn jede 10. Person, die pensioniert wird, ist auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Das darf nicht sein.

Barbara, der PVB wird im September 2020 die Kampagne «Meine Arbeit in der Zukunft» starten. Welche Botschaft möchtest du vermitteln?

Die Veränderungen in der Arbeitswelt dürfen nicht ohne unsere Beteiligung – die aktive Mitsprache der Arbeitnehmer_innen - geschehen, damit die Chancen die negativen Folgen überwiegen. Wir möchten unsere Mitglieder und die, die es hoffentlich bald werden, mit ihren Bedürfnissen abholen und sie im Prozess unterstützen.

Janine, das PVB-Sekretariat hat 2019 viele Veränderungen erfahren, Stellenaufstockung, berufliche Veränderungen und Mutterschaft sind hier die Stichworte. Kannst du uns das neue Team vorstellen?

Im April 2019 konnten wir mit Corinne Bachmann, eine versierte Fürsprecherin, spezialisiert auf Arbeitsrecht für unsere neu geschaffene Stelle der Verbandsjuristin gewinnen. Sie ist inzwischen zu unserem juristischen Gewissen avanciert und betreut und berät unsere Mitglieder kompetent bei arbeitsrechtlichen Problemen.

Auch Mai Jost hat im April ihre Stelle bei uns begonnen. Die kaufmännische Angestellte bringt ausgewiesene Erfahrungen und Kompetenzen im Bereich der Finanzbuchhaltung mit und ist inzwischen zu einer wichtigen Ergänzung im Team Admin geworden. Auch Lilian Mäder ist im April neu zu uns gestossen. Die ausgebildete Direktionsassistentin arbeitet zusammen mit Melanie Minnig im Jobsharing. Zusammen nehmen sie die Stelle der Assistentin der Generalsekretärin wahr. Die beiden sind für mich wie auch für das ganze Team zu einer wichtigen Stütze geworden, die nicht mehr wegzudenken ist.

Ende April hatte sich Sarah Meyer für eine berufliche Veränderung entscheiden und wechselte zu avenir social. Seit anfangs Mai arbeitet deshalb auch Tamara Schindler bei uns. Sie ist zu einer wichtigen Verstärkung des Team Kommunikation geworden. Als Kommunikations- und Marketingspezialistin ist sie schwerpunktmässig für die Umsetzung der neuen Kampagne zuständig. Ende Juni hatte sich Rahel Imobersteg für eine berufliche Veränderung entschieden und wechselte zu swissuniversities. Im September durften wir Elias Toledo als neuen Stv. Generalsekretär bei uns willkommen heissen. Elias ist ein Vollblutgewerkschafter, der sein Handwerk bei der UNIA gelernt und später als Geschäftsführer von Kapers erfolgreich unter Beweis gestellt hat. Elias hat sich schnell und unkompliziert bei uns eingearbeitet und bringt sehr wertvolle Erfahrungen im Bereich der Basis- und Netzwerkarbeit mit. Er ist bereits nach kurzer Zeit zu einer tragenden Kraft im Team geworden und wir freuen uns darauf die künftigen Herausforderungen mit ihm zusammen anzupacken.

Das neue Personal des PVB-Sekretariats 2019

Corinne Bachmann I Juristin

Mai Jost I Sachbearbeiterin

Lilian Mäder I Assistentin Generalsekretärin

Tamara Schindler I Kommunikations- und Marketingspezialistin

Elias Toledo I stv. Generalsekretär

Start in die Zukunft!

Janine, der PVB hat 2019 eine umfassende Umfrage bei seinen Mitgliedern durchgeführt. Kannst du uns einen Überblick über die Ergebnisse geben?

Gerne. Die Ergebnisse lassen sich grob in die folgenden sieben Themenbereiche zusammenfassen:

Beratung: Die Mitglieder sind grundsätzlich zufrieden mit der Dienstleistung, wünschen sich jedoch mehrheitlich eine ganzheitlichere Beratung.

Netzwerk: Mitglieder wünschen sich ein unkompliziert zugängliches PVB-Netzwerk und Ansprechpersonen vor Ort am Arbeitsplatz. Sie wünschen sich auch Netzwerkanlässe anstelle von Sektionsanlässen.

Politik: Die Mitglieder wünschen sich, dass der PVB als Gewerkschaft agiert. Klare politische Positionen einnimmt und diese konsequent gegen aussen und innen vertritt.

Rentensicherheit: Der PVB soll sich engagiert für Rentensicherheit einsetzen. Fokus soll vermehrt auch auf Junge & Frauen gesetzt werden (ihre Rente ist heute ungewiss). PVB-Funktionär_innen, die Publica-Mandate inne haben z. B. Kassenkommission, Paritätische Organe, Delegierte, sollen für die Mitglieder sichtbarer werden. Spezielle Beratung in der 2. Säule ist gewünscht.

Rabatte: Die Mitglieder sind grundsätzlich mit dem Rabattangebot zufrieden. Die Dienstleistung steht nicht im Hauptfokus. Das Angebot soll jedoch divers bleiben.

Präsenz: Der PVB muss präsenter sein vor Ort am Arbeitsplatz durch a) ein Netzwerk durch b) Werbeaktionen und durch c) klare politische Botschaften die gezielt den Mitgliedern, Sozialpartnern und Medien kommuniziert werden und durch d) ein ein modernes Erscheinungsbild.

Chancengleichheit: Mitglieder wünschen sich klare politische Haltung und Forderungen zu «Vereinbarkeit Beruf und Familie und Privatleben».

Janine, der PVB will sich neu orientieren, um näher an seinen Mitgliedern und deren Bedürfnissen zu sein. Welche Massnahmen sind für 2020 und 2021 geplant?

Nehmen wir zum Beispiel das Themenfeld «Präsenz», welches wir prioritär angehen wollen. Hier sind die folgenden Massnahmen geplant:

- Eine neue Kampagne ist in Erarbeitung. Sie wird interaktiv, politisch, zukunftsgerichtet sein;
- Wir planen ein neues Erscheinungsbild und nehmen Justierungen beim Logo und allenfalls beim Claim des PVB vor;
- Wir (re)aktivieren unser Vertrauensleute-Netzwerk vor Ort;
- Wir planen professionelle und situative Werbekampagnen vor Ort;
- Es wird zu einer deutlichen Zunahme von Werbeaktionen kommen;
- Die PVB-Mitarbeiter_innen und die Vertrauensleute werden für Werbeaktionen geschult;
- Und last but not least, werden wir ab Juni an der Wabernstrasse in Bern an einem zentralen, neuen Standort unsere Büroräumlichkeiten beziehen.

Die 7 Milizler_innen in der Führung

Barbara Gysi I Präsidentin

René-Simon Meyer I Vizepräsident

Nicolas Schmidt I Kassier

Sie tagt in der Regel monatlich. Die GL steuert den PVB über Planung, Zielsetzung, Kontrollen. Sie ist für den Vollzug der DV-Beschlüsse verantwortlich. Die GL lenkt das Verbandssekretariat über Soll-Vorgaben, Rahmenentscheide und Grundsätze.

Mehr unter www.pvb.ch/gl

Ruedi Lüthi I Mitglied

Markus Meli I Mitglied

René Walser I Mitglied

Indriaty Woodtli I Mitglied

Markus Freidig I Präsident GPK

Janine Wicki, Generalsekretärin

1 Grosse Verunsicherung beim Personal

Eidgenössische Zollverwaltung (EZV)

Im Februar fand die Jahreskonferenz der Sozialpartner mit der Direktion EZV statt. Hinsichtlich der Neuausrichtung der EZV wies der PVB den Direktor Christian Bock auf die grosse Verunsicherung hin, die diese bei den Mitarbeitenden auslöst und appellierte an die Leitung der EZV diese Verunsicherung ernst zu nehmen und ihr durch eine echte und konstruktive Feedbackkultur entgegenzuwirken. Auch der geplante Verkauf der Ferienwohnungen wurde thematisiert. Präsidentin Barbara Gysi drückte noch einmal das Unverständnis des PVB aus, dass in diesem Punkt gespart wird. Gerade bei den Ferienwohnungen wird in einem für die Mitarbeitenden sehr schmerzhaften Bereich gespart. Viele Mitarbeitende haben diese Möglichkeit sehr geschätzt, eben auch im Sinne einer Wertschätzung und dementsprechend heftig waren die zahlreichen Reaktionen die den PVB erreicht haben. Der PVB forderte deshalb die Direktion EZV noch einmal nachdrücklich dazu auf, diese Sparmassnahme zu überdenken oder zumindest alternative Lösungen für die Mitarbeitenden zu suchen.

2 Mitgliederbefragung zur Arbeitszufriedenheit

Bundesamt für Umwelt (BAFU)

Im April lancierte der PVB zusammen mit dem Personalverband transfair eine Mitgliederbefragung, zur generellen Arbeitszufriedenheit. Es hat sich gezeigt, dass die Zusammenarbeit innerhalb der jeweiligen Sektionen, wie auch die Wertschätzung durch die Vorgesetzten, grossmehrheitlich positiv beurteilt wurden. Die Kommunikation innerhalb des Amtes wurde auf Stufe Geschäfts- und Abteilungsleitung hingegen eher als problematisch beurteilt. An einem Sozialpartnertreffen vom 28. August hat die Direktion die anonymisierten Resultate entgegengenommen und hinsichtlich Kommunikation erläutert, dass ihnen die Problematik bekannt ist und sie daran sind eine proaktivere Art der Kommunikation zu prüfen. Ein weiterer Diskussionspunkt war der Stand der Dinge «Umzug Büroräumlichkeiten». Die Direktion hat den Sozialpartnern versichert, dass sie die Interessen der Mitarbeitenden so gut wie möglich berücksichtigen wollen und darum bemüht sind, dass die Kommunikation dazu alle Mitarbeitenden im Amt gleichermassen erreicht. Zu diesem Ziel wurden auch sogenannte Chance-Agents geschaffen. Zurzeit besteht die Herausforderung vorwiegend in der Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bauten und Logistik. Mit der Direktion BAFU wurde zudem im Sinne einer gelebten Sozialpartnerschaft vereinbart, dass künftig institutionalisiert jährlich ein Sozialpartnergespräch geführt wird.

3 Breitere Einbindung der Personalverbände

Interessensgemeinschaft Bundespersonal

Die Verhandlungsgemeinschaft für das Bundespersonal (VGB) hat sich per Ende 2019 aufgelöst. Als Nachfolgelösung, im Sinne einer breiteren Einbindung der Personalverbände, wurde die Interessensgemeinschaft Bundespersonal (IG Bundespersonal) gegründet.

Die Verbände PVB, VPOD, Garanto, PV-fedpol, swissPersona und transfair haben die IG Bundespersonal ins Leben gerufen. Unter diesem Dach vertiefen die Verbände ihre Zusammenarbeit und definieren gemeinsame Haltungen. Die einzelnen Verbände wahren dabei aber ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Jeder Verband hat weiterhin die Möglichkeit, sich selbständig zu positionieren und sich so individuell für die Interessen seiner jeweiligen Mitglieder einzusetzen. Dank der IG Bundespersonal ist es möglich bei gemeinsamen Interessen Synergien zu nutzen und mehr Kraft zu entwickeln, um die gesetzten Ziele zu erreichen.

4 1% mehr Lohn für alle!

Lohnverhandlungen bei der Bundesverwaltung

An den Lohnverhandlungen vom 13. November 2019 einigten sich der PVB vertreten durch Generalsekretärin Janine Wicki und den Stv. Generalsekretär Elias Toledo mit Finanzminister Ueli Maurer in der dritten Verhandlungsrunde auf die Lohnmassnahmen 2020. Nach intensiven Gesprächen fanden die Sozialpartner einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss. Im 2020 werden die Löhne für das Bundespersonal um 1% steigen. Neben einem Teuerungsausgleich von 0,5 % erhält das Bundespersonal seit 2014

erstmals wieder eine Reallohnerhöhung, welche angesichts des Überschusses von 2.5 Mrd. mehr als gerechtfertigt ist. Während der Wintersession hat unsere Verbandspräsidentin, Nationalrätin Barbara Gysi die Lohnerhöhung im Rahmen der Budgetdebatte im Parlament engagiert und erfolgreich verteidigt. Das Parlament hat die Lohnmassnahmen mit grossem Mehr genehmigt und die Kürzungsanträge der SVP klar abgelehnt.

5 Erfolg für die Gleichstellung

Kampagne «Vereinbarkeit Beruf & Familie»

Im vergangenen Jahr hatte der PVB als Teil der VGB für das Bundespersonal eine Kampagne zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie lanciert. Nun hat die Kampagne erste Früchte getragen und eine zentrale Forderung – das sogenannte Rückkehrrecht – wurde im 2019 im Bundespersonalrecht verankert.
Die neue Regelung ist ein Erfolg für die Gleichstellung, durch sie wird für Eltern ein Anspruch auf eine Wiederaufstockung des Pensums geschaffen. Teilzeit gilt gemeinhin als die Lösung um Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bekommen. Noch immer sind es meistens die Mütter, die ihr Pensum reduzieren. Sehr häufig bedeutet dies dann einen Karriere- und Einkommensknick, den die Frauen nicht mehr korrigieren können. Väter äussern zwar den Wunsch, sich nach der Geburt eines Kindes stärker in der Familie einbringen zu können, wagen es aber nicht aus Furcht vor den beruflichen Konsequenzen. Deshalb hatte die VGB dieses Recht auf Wiederaufstockung des Pensums gefordert. Nur so ist gewährleistet, dass Teilzeitarbeit Frauen nicht nachhaltig bremst. Nun sollen Eltern nach der Geburt eines Kindes nicht mehr nur ein Recht auf eine 20%-Reduktion des Pensums haben, sondern neu auch das Recht, das Pensum danach wieder aufstocken zu können. Die VGB hätte sich eine weitergehende Lösung gewünscht, als nur ein Rückkehrrecht während drei Jahren. Aber der Bundesrat hat hier einen wichtigen Entscheid für eine gleichstellungsfördernde

Personalpolitik getroffen, den die Personalverbände begrüssen. Der PVB ist überzeugt, dass dieser Rechtsanspruch die Hürde insbesondere für junge Väter entscheidend herabsetzt, zugunsten eines Engagements in der Familie den Schritt in die Teilzeit zu wagen. Nur wenn Väter gleichermassen wie Mütter bereit sind, vorübergehend ihr Arbeitspensum zu reduzieren, schnappt die Mutterfalle nicht mehr zu.

6 Zugangsrechte der Personalverbände

Neue Vereinbarung für die Bundesverwaltung

Oft aus Unwissenheit kommt es bei Werbeaktionen vor Ort in den Bundesämtern immer wieder zu Diskussionen darüber ob die Personalverbände eine Zutrittsrecht haben. Die Gewerkschaft VPOD wehrt sich mit Erfolg gegen ein Tessiner Verbot des Zugangs für Gewerkschaftsvertreter zu Gebäuden der Verwaltung. Das Bundesgericht heisst eine Beschwerde der Gewerkschaft gut. Das Zutrittsverbot verletzt die in der Verfassung garantierte Koalitionsfreiheit – das Recht, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten. Das Urteil war für die Sozialpartner der Bundesverwaltung Grund genug zusammen mit dem EPA die Zugangsrechte in einer Vereinbarung zu regeln. Der Grundsatz der Vereinbarung hält fest:

«Für die Arbeitgeberin Bundesverwaltung ist es wichtig, dass die Personalverbände repräsentative und kompetente Sozialpartner sind und bleiben können. Der Zugang der Vertretungen der Personalverbände zu den Mitarbeitenden wird vom Arbeitgeber grundsätzlich ermöglicht. Die Personalverbände verpflichten sich im Gegenzug, die ordnungsgemässe Ausübung der Verwaltungstätigkeiten nicht zu behindern».

Weiter regelt die Vereinbarung den Zutritt und die Voranmeldung, die Veranstaltungen der Personalverbände, den Gebrauch der Anschlagbretter wie auch die elektronische Kommunikation. Am 5. November wurde die Vereinbarung im Rahmen des Begleitausschusses der Sozialpartner unterzeichnet.

Elias Toledo, Stv. Generalsekretär

7 Benachteiligung von öV-Nutzenden bei Dienstreisen

Bundesamt für Verkehr (BAV)

Im November, fand ein Treffen mit dem Bundesamt für Verkehr satt. Themen wie Betriebsklima, Vereinbarkeit Arbeits- und Privatleben, betriebliches Gesundheitsmanagement, Führungsverständnis, Zutrittsrecht des PVB und ganz allgemein die Sozialpartnerschaft wurden besprochen und diskutiert. Das BAV betonte, dass sie an einer guten Sozialpartnerschaft interessiert ist und dass sie den PVB als anerkannten Sozialpartner schätzt und respektiert.
Angeregt durch die Klimadebatte wurde auch die Benachteiligung von öV-Nutzenden bei Dienstreisen des Bundes diskutiert. Die finanziellen Anreize bei Dienstreisen führen dazu, dass die Benutzung von Motorfahrzeugen massiv begünstigt wird. Während der Bund bei der Entschädigung für Autofahrten sämtliche Kosten übernimmt, muss der Bundesangestellte hohe Eigenleistungen für den Kauf eines Generalabonnements (GA) erbringen und die Dienstreisen werden nur minimal zurückerstattet. Dieser Sachverhalt ist störend, sodass die Verbandspräsidentin und Nationalrätin Barbara Gysi eine entsprechende Interpellation eingereicht hat. Die Antwort des Bundesrates ist eingetroffen und ist teilweise zufriedenstellend. Der Bundesrat ist im Lichte der von der Verbandspräsidentin aufgeworfenen Problematik bereit,

eine Anpassung des geltenden Systems der finanziellen Beteiligung des Bundes an den GA durch das Eidgenössische Personalamt (EPA) prüfen zu lassen.

8 Änderung der Rechtsform

MeteoSchweiz

Die Mitarbeitenden der MeteoSchweiz erbringen verschiedene Wetter- und Klimadienstleistungen zum Schutz und zum Nutzen der Schweiz. Hinter dieser doch abstrakt tönenden Beschreibung stehen unzählige Menschen die tagtäglich mit viel Begeisterung und Fachwissen ihre Leistung bringen. Der PVB ist bei der MeteoSchweiz gut vertreten und ist als Sozialpartner respektiert und geschätzt. Der PVB begleitet die angedachte Änderung der Rechtsform von MeteoSchweiz sehr eng und ist in Kontakt mit den Entscheidungsträgern. Dies reicht jedoch nicht. Wichtig und entscheidend ist für den PVB zu wissen, was die Arbeitnehmer_innen beschäftigt. Formelle Sitzungen mit langweiligen Traktanden können Mitglieder vor einer Teilnahme abhalten.

Daher hat der PVB, angestossen durch eine Vertrauensperson, die Mitglieder des Standortes Zürich zu einem «Feierabendbier» eingeladen. Die Flyer mit der Einladung wurden von einem Vertrauensmann grosszügig verteilt und schliesslich fanden sich fast zehn Mitglieder in der Bar ein. Andere Mitglieder bei lockerer Atmosphäre ausserhalb des Arbeitsortes kennenlernen, wichtige Themen diskutieren, zusammen Pläne machen und ein WIR-Gefühl entwickeln sind das A und O einer erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit, welche sich an der Mitgliederbasis orientiert. Weitere «Feierabendbier»-Veranstaltungen werden folgen, nicht nur in Zürich, sondern an sämtlichen Standorten der MeteoSchweiz.

Luc Python, Verbandssekretär

9 Einführung des funktionalen Lohnsystems

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Die Einführung des funktionalen Systems für alle Karrieren des Departements – mit einem Lohn, der sich nach der Position und dem Auftrag richtet – machte nötig, die verschiedenen Stellen abzugleichen und auf ihre Kohärenz innerhalb des Departements zu überprüfen. Dies führte zu zahlreichen Reaktionen und Anfragen von Mitgliedern an das Sekretariat des PVB. Sie kritisierten insbesondere die mangelnde Nachvollziehbarkeit und Transparenz der vorgenommenen Änderungen der Funktionseinstufungen.

10 Treffen auf mehreren Ebenen

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Der PVB hatte im vergangenen Jahr wiederholt Gelegenheit, seine Forderungen zur Personalpolitik zu äussern. Im August 2019 fand ein Treffen zwischen den Personalverbänden und dem Departementsvorsteher, Bundesrat Ignazio Cassis, statt. Barbara Gysi, Präsidentin des PVB und Nationalrätin, hat zudem die neue Direktorin der Direktion für Ressourcen (DR), Tania Dussey-Cavassini, getroffen, die ihr Amt im

Juli 2019 angetreten hat. Im Rahmen dieses Treffens forderte Barbara Gysi insbesondere, dass bei den von der neuen Direktorin geplanten Veränderungen die Interessen des Personals, wie z.B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Digitalisierung und die Investitionen in die Weiterbildung der Mitarbeitenden, berücksichtigt werden.

Engagement für unsere Mitglieder

Der PVB ist seinen Mitgliedern auch im vergangenen Jahr mit Rat zur Seite gestanden und hat sich bei ihrem Arbeitgeber für deren persönlichen Anliegen stark gemacht, hauptsächlich im Zusammenhang mit Konflikten am Arbeitsplatz, dem Recht auf faire Arbeitszeugnisse, den Auswirkungen von Umstrukturierungen auf das Personal, unterschiedlichen Auffassungen im Rahmen der jährlichen Beurteilungsgespräche und Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann. Er hat sich in Zusammenarbeit mit der Sektion EDA des PVB insbesondere für die Anerkennung der zwischen dem Bachelor- und dem Masterabschluss erworbenen Berufserfahrung bei der Berechnung des Lohns bei der Einstellung eingesetzt – dieses Thema ist vor allem für die jüngeren Mitarbeitenden des Departements von Bedeutung.

11 Eine verdiente Reallohnerhöhung

ETH-Bereich

Im Rahmen der Lohnverhandlungen vom 27. November 2019 haben der PVB und die anderen Partnerverbände erreicht, dass die Löhne für das Personal des ETH-Bereichs um 1% erhöht werden. Wir freuen uns besonders über dieses Ergebnis, weil es seit 2015 das erste Mal ist, dass den Mitarbeitenden eine Reallohnerhöhung gewährt wird. Angesichts ihres Einsatzes und ihrer verlässlichen Dienste für den ETH-Bereich ist diese Erhöhung wohlverdient.

12 Fusionsprojekt WSL-Eawag

ETH-Bereich

Der PVB war überrascht, den Beschluss des ETH-Rats, die Eawag (das Wasserforschungsinstitut des ETH-Bereichs) mit der WSL (Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft) zu fusionieren, aus den Medien zu erfahren. Er brachte sein Erstaunen zum Ausdruck, nicht direkt über dieses Projekt informiert worden zu sein, und verlangte ein möglichst baldiges Treffen, um über die Reorganisationen und die Auswirkungen auf die Mitarbeitenden der beiden Forschungsanstalten zu diskutieren. Anlässlich einer Unterredung versicherte die Präsidentin des ETH-Rats, Beth Krasna, dass mit der Fusion eine Forschungsanstalt von Weltrang geschaffen und keinesfalls ein Personalabbau betrieben werden soll. Der PVB wird zu diesem Projekt Stellung nehmen und sich für die Interessen des Personals und die Erhaltung der Arbeitsplätze einsetzen. Die WSL beschäftigt 500 Mitarbeitende, hauptsächlich in Birmensdorf und Davos. Die Eawag beschäftigt 400 Angestellte in Dübendorf (ZH) und Kastanienbaum (LU).

13 Der PVB wurde erhört

Agroscope

Die Beharrlichkeit des PVB hat sich ausbezahlt. Die Zentralisierung der gesamten Agroscope in Posieux im Kanton Freiburg wird endgültig nicht stattfinden, wie sie ursprünglich von Alt-Bundesrat Schneider-Ammann geplant war. Das Kompetenzzentrum des Bundes für landwirtschaftliche Forschung soll aus einem zentralen Forschungscampus in Posieux (FR), zwei regionalen Forschungszentren in Changins (VD) und

Janine Wicki, Guy Parmelin, Barbara Gysi, Luc Python

Reckenholz (ZH) sowie Der PVB wertet die derzeit vorgeschlagene Lösung als Erfolg für unseren Verband, auch wenn eine beträchtliche Zahl der Mitarbeitenden von der Umstrukturierung betroffen sein wird. Diese Lösung ist das Ergebnis mehrerer Treffen, die im Laufe des Jahres zwischen der Präsidentin des PVB, seiner Generalsekretärin und dem Verbandssekretär mit Bundesrat Guy Parmelin sowie mit der Direktion von Agroscope stattgefunden haben, bei denen der PVB seinen Forderungen Nachdruck verleihen konnte. Die Partie ist jedoch noch nicht gewonnen: Der Bundesrat muss bis zum zweiten Quartal 2020 erst noch das detaillierte Konzept und den Umsetzungsplan genehmigen. sowie dezentralen Versuchsstationen bestehen. Die verschiedenen regionalen Zentren werden aufrechterhalten. Die personellen Auswirkungen werden daher weniger schwerwiegend ausfallen. Der PVB wird den Prozess weiterhin aufmerksam verfolgen und sich für die Interessen der Mitarbeitenden einsetzen.

Jürg Grunder, Verbandssekretär

14 Eine erfreuliche Entwicklung

Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB)

2018 führte der PVB beim Personal des Instituts eine Zufriedenheitsumfrage durch. Aufgrund der Ergebnisse verlangte der Personalverband vom EHB, Massnahmen zu ergreifen, insbesondere im Zusammenhang mit der Kommunikation und den Problemen in Bezug auf die Führungskompetenz einiger Kader. 2019 hat der PVB die Direktion des EHB wiederholt getroffen, um sich zu informieren und die Entwicklung der Situation zu verfolgen. Dabei wurden auch die neue Personalverordnung, die sich in Vorbereitung befindet, sowie der Zugang zur Weiterbildung von allen Mitarbeitenden des Instituts erörtert.
Nach dem Weggang der Direktorin des EHB, Cornelia Oertle, waren der Präsident des EHB-Rats, Philippe Gnägi, und der Direktor ad interim, Jean-Pierre Perdrizat, die Ansprechpartner des PVB. Im Juli ernannte der Bundesrat Professorin Barbara Fontanellaz zur neuen Direktorin. Sie wird ihr Amt im März 2020 antreten.

15 Treffen mit der neuen Staatssekretärin

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)

Nach ihrem Amtsantritt Anfang 2019 stellte Staatssekretärin Martina Hirayama fest, dass die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden des SBFI sehr hoch ist. Diese Ansicht wurde auch vom PVB geteilt. Martina Hirayama wird eine Priorisierung der Aufgaben vornehmen, um diesbezüglich Abhilfe zu schaffen. Dabei wird auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, auf einige dieser Aufgaben zu verzichten. Das SBFI will aktiv an der Digitalisierung mitwirken und innerhalb des Wirtschaftsdepartements mit gutem Beispiel vorangehen. So sind beispielsweise Sitzungen per Videokonferenz an der Tagesordnung; diese Flexibilität ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Telearbeit im SBFI weit verbreitet ist. Des Weiteren beabsichtigt die Staatssekretärin, den Informationsfluss zu optimieren und zu verstärken und ein offenes Ohr für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben. Sämtliche Sitzungen der Direktion finden nun in Anwesenheit

eines Mitglieds der Personalkommission statt. Bei der Mitarbeiterbefragung erzielte das SBFI überdurchschnittlich gute Ergebnisse.

16 Der PVB in Sorge um die Arbeitsplätze

RUAG

Ein Grossteil des Rüstungsunternehmens RUAG soll privatisiert werden; dies hat der Bundesrat anlässlich seiner Sitzung im März 2019 beschlossen. Das Unternehmen wird in zwei Gesellschaften aufgeteilt: MRO Schweiz und RUAG International.
MRO Schweiz soll mit ihren 2`500 Mitarbeitenden die Versorgung der nationalen Streitkräfte sicherstellen und zu einer Unternehmung des Bundes werden. RUAG International beschäftigt rund 6500 Personen, davon arbeiten zwei Drittel im Ausland. Ihr Kerngeschäft, Aerospace (1'500 Arbeitsplätze in der Schweiz), soll mittelfristig vollständig privatisiert und zu einem internationalen Aerospace-Technologiekonzern werden. Der Munitionshersteller RUAG Ammotec in Thun (300 Arbeitsplätze) soll verkauft werden. Der Bundesrat möchte die 1`500 Arbeitsplätze von Aerospace in der Schweiz erhalten. Der Käufer von Ammotec muss vertraglich zusichern, dass der Standort Thun weiterbetrieben wird. Dennoch hat der PVB gegenüber der Verteidigungsministerin, Bundesrätin Viola Amherd, seine Besorgnis im Hinblick auf die Arbeitsplätze zum Ausdruck gebracht.

17 Rechte endlich anerkannt!

Militärpolizei

Der Beharrlichkeit und der Hartnäckigkeit des PVB ist es zu verdanken, dass eine neue Regelung für die Spesen für die Einsätze in festen Dienstplänen erarbeitet wurde, die am 1. Juni 2019 in Kraft getreten ist. Die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern zur Regelung der verschiedenen Punkte im Zusammenhang mit der Arbeitszeiterfassung und Spesenerstattung gestalteten sich besonders langwierig. Die ersten Interventionen des PVB zur Regelung der Mittagspausen gehen bereits auf das Jahr 2016 zurück. Die Diskussionen über die Entschädigungen für Mahlzeiten haben Anfang 2018 begonnen. Trotz der verbesserungswürdigen internen Kommunikation der Militärpolizei ist diese Neuregelung ein Erfolg für den PVB, denn sie stellt sicher, dass die Mitarbeitenden nun die Vergütungen erhalten, auf die sie gemäss der für die gesamte Bundesverwaltung geltenden Personalverordnung Anspruch haben (Art. 41 VBPV). Die neuen Regeln werden landesweit ausgedehnt; sie sind fairer in der Anwendung und wirken sich günstig auf die Mitarbeitenden aus.

18 Gespräch mit der neuen Departementsvorsteherin

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Im März hat der PVB Bundesrätin Viola Amherd getroffen. Die Verteidigungsministerin hat bei diesem Treffen betont, wie wichtig ihr die Sozialpartnerschaft sei. Sie sagte:

«Das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des VBS in Arbeitnehmerorganisationen darf keinesfalls zu ihrem Nachteil ausgelegt werden».

Mehr Frauen in der Armee

Es laufen Projekte zur Erarbeitung eines neuen Berufsprofils für das Militärpersonal. «Die Förderung der Frauen in der Armee ist eine Priorität», meint Viola Amherd. Die Bundesrätin versicherte dem PVB, dass die Diversität innerhalb des VBS wichtig sei. Konkret bedeutet dies, ein günstiges Umfeld für die Teilzeitarbeit und das Jobsharing zu schaffen, die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und die Beschäftigung von Frauen in den verschiedenen Berufen des VBS zu erleichtern. Die Verteidigungsministerin will diesen Kulturwandel vorantreiben, aber sie weist auch darauf hin, dass dies Zeit brauchen wird.

19 Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt

Logistikbasis der Armee (LBA)

Im November 2019 hat der PVB Divisionär Thomas Kaiser, Chef der LBA, getroffen. Das Gespräch drehte sich insbesondere um die Herausforderungen, denen sich die LBA auf dem Arbeitsmarkt stellen muss:
Die LBA will vermehrt Junge und Frauen anziehen. Unter Bezugnahme auf den Frauenstreik vom 14. Juni äusserte Divisionär Kaiser den Wunsch, dass die Farbe Lila auch zu einer Farbe der LBA werden soll! Gegenwärtig machen die Frauen nur 12% der Angestellten der Logistikbasis aus – bei den Kadern sind es nur 2%!

Die LBA beklagt zudem auch einen Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt. Die Situation wird sich voraussichtlich in den nächsten 5 bis 10 Jahren noch verschärfen, weil viele Mitarbeitende der LBA pensioniert werden. Um diese Herausforderung zu meistern, will die Logistikbasis attraktiver für die jüngeren Generationen werden, insbesondere mit Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, interessanten Weiterbildungen und der Gewährleistung des Wissenstransfers. Die LBA wird zudem entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, um die Mitarbeitenden auf die Herausforderungen der Zukunft – v.a. die Digitalisierung und die Integration mehrerer Generationen in die verschiedenen Arbeitsprozesse – vorzubereiten.

Vorteile als PVB-Mitglied im 2019

Das Jahr 2019 war geprägt durch die Reka. Der PVB hat entschieden, ab 2020 die Reka-Checks durch die Reka-Card abzulösen. Dies war nötig, weil im Rahmen der allgemeinen Digitalisierung sich auch die Reka dazu entschieden hat, ihren Zahlungsverkehr zu automatisieren. Des Weiteren generiert die Reka mit ihren Zahlungsmitteln (Reka-Geld, Reka-Lunch und Reka-Rail) jährlich rund 600 Millionen Franken Umsatz. Sie muss, wie die Banken oder Postfinance, rechtliche Anforderungen betreffend Geldwäscherei erfüllen. Der PVB war einer der letzten grossen Verbände, der die Reka-Card eingeführt hat. Für die Mitglieder wird sich nichts am Angebot ändern: so kann nach wie vor Reka-Geld in der Höhe von CHF 500.- mit einer Vergünstigung von 10% bezogen werden. Die Kartengebühr in der Höhe von CHF 12.- wird vom PVB übernommen.

Bank Banque Banca CLER

Ausgesuchte Produkte und Dienstleistungen zu Vorzugskonditionen aus dem umfassenden Angebot der Bank CLER.

kpt:

Bis 25% Rabatt auf die KPT-Zusatzversicherungen.

ZURICH

Spezielle Konditionen, bis zu 10% Rabatt, bei allen Versicherungs-
lösungen bei Zurich.

Flottenrabatt

Attraktive Ermässigung beim Kauf eines Neuwagens von Mazda, Mercedes. Peugeot, Opel, Citroen, DS, Jaguar und Landrover

coop rechtsschutz
einfach anders.

Der umfassende PVB-MULTI-Rechtsschutz ist eine Versicherung für den privaten Bereich.
Jahresgebühr CHF 123.60

Bildungsbons

Wir fördern die berufliche, fachliche und allgemeine Aus- und Weiterbildung. Der PVB beteiligt sich an den Kosten der persönlichen Weiterbildung von CHF 20 bis CHF100 pro Kurs. Für Movendo kann die Geschäftsleitung PVB auch höhere Beiträge bewilligen.

Weitere Vorteile als PVB-Mitglied: www.pvb.ch/Vorteile

Kennzahlen

im Dienste unserer Mitglieder

001

1% mehr Lohn für alle!

An den Lohnverhandlungen einigten sich der PVB mit Finanzminister Ueli Maurer in der dritten Verhandlungsrunde auf die Lohnmassnahmen 2020. Nach intensiven Gesprächen fanden die Sozialpartner einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss. Im 2020 werden die Löhne für das Bundespersonal um 1% steigen.

Für das Personal des ETH-Bereichs haben der PVB und die anderen Partnerverbände erreicht, dass die Löhne um 1% erhöht werden. Wir freuen uns besonders über dieses Ergebnis!

014

14. Juni

Der Frauenstreik war für den PVB eines der zentralen Gewerkschaftsjahr 2019.

Die Forderungen:

- Finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung der Arbeit von Frauen
- Mehr Zeit und Geld für Betreuungsarbeit
- Respekt statt Sexismus am Arbeitsplatz

048

Anmeldungen Kurs:

Vorbereitung auf die nachberufliche Zukunft

Im Jahr 2019 gab es insgesamt 45 Anmeldungen.

300

Entwicklung Mitgliederbestand

Auch im 2019 haben wir über 300 Angestellte der Bundesverwaltung oder des ETH-Bereichs für einen Eintritt in den PVB überzeugen können. Unerlässlich sind die PVB-Mitglieder, die ihre Kolleg_innen zu einem Eintritt in den PVB überzeugen. Zirka ein Drittel der Neumitglieder wurden im 2019 auf diesem Weg gewonnen.

Individuelle Beratung

Seit April 2019 werden die Verbandssekretär_innen von unserer neuen juristischen Beraterin, Corinne Bachmann, nachhaltig unterstützt. Gemeinsam haben sie in über 500 Beratungen unsere Mitglieder unterstützt, haben Gespräche mit dem Arbeitgeber gesucht, notwendige Abklärungen getroffen und meistens eine für das Mitglied gute Lösung gefunden. In einigen Fällen haben wir unsere Vertrauensanwälte einschalten müssen.

Diese Unterstützungen umfassten:

- Stellenbewertung
- Mitarbeitergespräch
- drohende Kündigung
- Probleme mit Vorgesetzte
- Mobbingvorwürfe;
- sexuelle Belästigung
- Pensionierung
- Arbeitszeugnis
- Diverse (Versetzung, Karrierenaufstieg)

Siehe auch Seite 23
«Aus dem Rechtdienst»

Der PVB engagiert sich für seine pensionierten Mitglieder!

Beim PVB haben wir das grosse Glück, auf die Treue und Solidarität zahlreicher Rentner_innen zählen zu können. Sobald unsere Senior_innen in Rente gehen, zahlen sie nur noch die Hälfte des Mitgliederbeitrags, proftieren aber weiterhin von den vielen Vorteilen, die der PVB bietet. Einige von ihnen bleiben in ihren jeweiligen Sektionen organisiert, andere schliessen sich der Sektion «Pensionierte» in Bern an. Das Programm der Aktivitäten und Veranstaltungen (Hauptversammlungen) der Sektionen wird von den Rentner_innen rege besucht, wobei einige dieser Aktivitäten ausschliesslich ihnen vorbehalten sind.

Pensioniertenkongress 2019: Der PVB fordert eine Aufwertung der Renten in der 2. Säule

Fast 100 Mitglieder des PVB haben am 25. November 2019 am Pensioniertenkongress teilgenommen. Aktuelle Rentenhöhe, Bezug bei Sanierungen, stets steigende Krankenkassenprämien, keine erhaltene Teuerung in der 2. Säule seit 2005 waren die meist genannten Themen in den engagierten, konstruktiven und spannenden Diskussionen. Am Ende des Tages übermittelten sie Bundesrat Ueli Maurer, eine Resolution, in der sie eine Neubewertung der Renten des pensionierten Bundespersonals fordern – diese wurden seit 2005 nicht mehr angehoben. Als Ausgleich für ihren Kaufkraftverlust verlangen sie die Auszahlung von mindestens CHF 750.-. Der Pensioniertenkongress hat zusätzlich zu der erwähnten Einmalzulage einstimmig eine Resolution mit weiteren Forderungen verabschiedet:

- Laufende Renten dürfen auch künftig nicht zu Sanierungsmassnahmen herangezogen werden.
- Die technischen Parameter der laufenden Renten sind unantastbar.
- Flexible Renten in der 2. Säule sind vehement zu bekämpfen - heute und in Zukunft.
- Optimierung der BVG-Aufsicht mittels «Leitplanken gegen Missbrauch in Vermögens-und Finanzverwaltung».
- Auf Pensionskassengelder dürfen keine Negativzinsen erhoben werden.

« Es besteht keine Notwendigkeit für eine weitere Entschädigung , gemäss Ueli Maurer»

In seiner Antwort, sagt Ueli Maurer, dass er die Sorgen der Rentner_innen sehr ernst nimmt. Jedoch erwähnt er, dass bei den Vorbereitungsarbeiten zum Primatwechsel im Jahr 2008 der externe Pensionskassenexperte feststellte, dass die Renten bei

Publica strukturell um durchschnittlich 5,0 % unterfinanziert sind. Ein Teuerungsausgleich auf den Renten sollte deshalb erst dann wieder in Betracht gezogen werden, wenn die aufgelaufene Teuerung 5,0 % übersteigt. Nach dem Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) beträgt die aufgelaufene Teuerung seit der letzten Anpassung der Renten im Jahr 2004 bis Ende 201 9 4,2 %. « Ein Teuerungsausgleich auf den Renten drängt sich somit allein schon aus diesem Umstand nicht auf ». Der Finanzminister fügt hinzu, dass durch die seit 2008 höhere Vezinsung der Rentenkapitalien, verglichen mit der Verzinsung der Altersguthaben der Aktiven, eine stetige finanzielle Umverteilung von den Versicherten zu den rentenbeziehenden Personen stattfindet. Er unterstreicht, dass die versicherten Personen seit 2008 drei Anpassungen in den technischen Grundlagen zu verkraften hatten. Zwar konnten bei den ersten beiden Anpassungen Leistungseinbussen vermieden werden; dies jedoch teilweise auf Kosten der versicherten Personen, die dafür höhere Sparbeiträge leisten müssen. Die vorerst letzte Senkung des technischen Zinssatzes auf den 1. Januar 2019 hat hingegen zur Folge, dass die versicherten Personen im Alter von 22 bis 59 Jahren mit einer Leistungseinbusse von 2,8 bis 5,0 % rechnen müssen. « Diese Entwicklungen zeigen auf, dass die versicherten Personen seit dem Primatwechsel stetig zur finanziellen Konsolidierung von PUBLICA beigetragen haben, während die Rentner_innen davon verschont geblieben sind. Ein Teuerungsausgleich auf den Renten würde dieses Ungleichgewicht noch verstärken, weshalb bis auf weiteres davon abzusehen ist ».

Die 13. AHV-Rente, eine Antwort auf den Kaufkraftschwund unserer Rentner_innen

Eine breite Allianz aus Gewerkschaften, Parteien, Verbänden, Rentner_innen- und Frauenorganisationen lanciert die Initiative für eine 13. AHV-Rente. Der PVB unterstützt diese Initiative aktiv, insbesondere um die Situation seiner pensionierten Mitglieder und der künftigen Rentner_innen zu verbessern. Es handelt sich zudem um ein Zeichen der Solidarität mit all jenen, die nach ihrer Pensionierung kaum über die Runden kommen. Barbara Gysi, ist Mitglied im Initiativkomitee.

Pierre-Yves Maillard I Präsident SGB

Pierre-Yves Maillard, ist schockiert über die Tatsache, dass «die neuen Renten in der 2. Säule kontinuierlich sinken, während die Beiträge steigen. Nach einem arbeitsreichen Leben ist eine steigende Zahl von Frauen und Männern von Armut bedroht. Das ist nicht normal».

Barbara Gysi I Präsidentin

Barbara Gysi, sagte: «Ich habe Verständnis für die Forderungen unserer pensionierten Mitglieder. Das Problem der 2. Säule betrifft aufgrund der sinkenden Renten auch die Mittelschicht». Sie ist der Meinung, dass die Volksinitiative "Für eine 13. AHV-Rente" die richtige Antwort auf die verminderte Kaufkraft der Rentner_innen ist.

Frauenstreik | 14. Juni

«Der Frauenstreik* war kraftvoll, farbig, gewaltig: ein riesiger Erfolg für die feministische Bewegung! In der ganzen Schweiz haben hunderttausende Frauen an ihrem Arbeitsplatz, zu Hause und auf der Strasse ein klares Signal gesetzt. Ich habe den Streik am Morgen im Parlament und später am Nachmittag in meinem Heimatkanton St. Gallen erlebt. Es waren einzigartige Momente!» Barbara Gysi

PVB-Präsidentenkonferenz | 27. Juni

Delegiertenversammlung | 08. November

Aus dem Rechtsdienst

Der PVB hat sich aufgrund der zunehmenden Rechtsfälle entschlossen, eine Juristin anzustellen. Seit dem 1. April 2019 arbeite ich nun im Rechtsdienst des PVB. Im Moment gibt es ca. 75 PVB-Mitglieder die von unserer rechtlichen Unterstützung profitieren. Der Betreuungsaufwand ist unterschiedlich hoch.

Das Arbeitsrecht ist kein starres Regelwerk. Vieles liegt im Ermessen der beteiligten Parteien. Auch der PVB ist daran interessiert, die Situationen gütlich zu regeln. Es ist aus unserer Sicht besser, einen Kompromiss zu finden, bei dem die Beteiligten aufeinander zugehen und so ihr Gesicht wahren können. Dies ist auch der Weg, den wir als Sozialpartner der Bundesverwaltung im Interesse Aller zuerst anstreben. In den meisten Fällen gelingt es mit allen Beteiligten, gemeinsam eine tragbare Lösung zu finden.

Leider nehmen in der Bundesverwaltung die Konflikte am Arbeitsplatz aus Sicht des PVB zu. Die Gründe, die zu diesem Phänomen führen, sind unterschiedlich. Ein Teil ist dem zunehmenden Druck auf die Bundesverwaltung durch die Öffentlichkeit und den Sparmassnahmen des Parlaments ge schuldet. Die Arbeitslast bei den einzelnen Mitarbeitenden hat dadurch teilweise stark zugenommen. So treten auch vermehrt Fälle von Mobbing oder Burnout auf. Hier wünscht sich der PVB, dass sich die Vorgesetzten noch stärker für das Wohl der Mitarbeitenden einsetzen. Stehen alle zusammen, können hoffentlich Verbesserungen der belastenden Situationen erreicht werden.

Themen wie Burnout und Mobbing sind in unserer Gesellschaft leider immer noch stigmatisiert. Die Betroffenen werden als zu langsam, gar faul oder als für die Teamarbeit unverträglich abgestempelt. Als erste Reaktion ziehen sie sich zurück und versuchen, die Konflikte ausschliesslich selbst zu lösen.
Viele melden sich sehr spät bei uns, die Konflikte sind zum Teil weit fortgeschritten. Es gibt Fälle, in denen die Betroffenen jahrelang in einem sehr negativen Umfeld ausharren und deshalb krank werden. Leider fehlt in diesen Fällen oft die Kraft, den Prozess der gütlichen oder allenfalls gerichtlichen Konfliktlösung durchzustehen. Hier wäre es wünschenswert, dass die betroffenen Personen früher über ihre Situation sprechen und sich Hilfe suchen. Allen, bei denen der Konflikt weit fortgeschritten ist, wünsche ich ein gutes Umfeld und viel Kraft, um den Kampf aufzunehmen und sich für eine tragbare Lösung einzusetzen.

Zum Schluss bedanke ich mich bei allen Mitgliedern, die die Arbeit des PVB schätzen. Ich erhalte viele positive Rückmeldungen, welche ich als eine sehr grosse Motivation wahrnehme. Herzlichen Dank dafür!

Corinne Bachmann, Juristin

Jetzt Mitglied werden
und von vielen Vorteilen profitieren

www.pvb.ch

PVB APC

Stärker zusammen

Impressum

Redaktion:
Personalverband des Bundes
Wabernstrasse 40, 3007 Bern
Layout: Natascha Krebs

Druck :
Stämpfli AG
Wölflistrasse 1, Postfach, 3001 Bern

Das Personal des Bundes und seiner Betriebe.

Sie erreichen uns
Montag bis Freitag von 08:00 bis 12:00 Uhr
und von 13:30 bis 16:00 Uhr.

Personalverband des Bundes
Association du personnel de la Confédération
Associazione del personale della Confederazione